

PROF. DR. HANS G. NUTZINGER:
 "CHANCEN UND GRENZEN ETHISCHER INNOVATION DER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN ORDNUNG"
 Referat, Mülheim, 21. 6. 1992

1. Zur Einführung

In den letzten fünf Jahren hat sich im deutschen Sprachraum, aber auch in Ländern, wie z.B. den Vereinigten Staaten, eine zum Teil sehr lebhaft diskutierte Diskussion zu Fragen der Wirtschaftsethik entwickelt. Parallel zu dem gestiegenen Interesse an der Thematik wurden und werden vermehrt Lehrstühle eingerichtet und Forschungsprogramme entwickelt - kurz: Wirtschaftsethik hat Konjunktur. All dies muß natürlich nicht unbedingt etwas Gutes bedeuten. Vielleicht erinnern Sie sich an Lessings Komödie *Minna von Barnhelm oder das Soldatenglück*? Darin gibt es eine sehr eindrucksvolle Szene, in der sich Minna mit ihrer Zofe Franziska über den Major von Tellheim unterhält, in den Minna verliebt ist. Obwohl sie nur Lobendes über ihn zu berichten weiß, sucht sie nach etwas Negativem, das auch er, wie jeder Mensch, haben muß. Sie hat Schwierigkeiten, etwas zu finden, und sagt schließlich: "Er spricht so viel von Ökonomie. Im Vertrauen, Franziska, ich glaube, der Mann ist ein Verschwender". Analog möchte ich jetzt fragen: Wir reden so viel von Wirtschaftsethik. Im Vertrauen, sind wir moralische Lumpen? Ich will diese Frage jetzt einfach so stehen lassen, ohne sie zu beantworten - eine Antwort zu finden, würde ohnedies nicht ganz einfach sein.

Vor einigen Jahren stieß ich in der Zeitschrift *Wirtschaftswoche* auf einen Artikel mit dem Titel "Stoppsignal" des damaligen Chefredakteurs dieser Zeitschrift, des Frankfurter Wirtschaftswissenschaftlers Wolfram Engel. Darin wurde ein Vergleich gezogen, den ich später ironisch das "Blumentopf-Gleichnis" genannt habe, der aber genau in die heute zu behandelnde Themenstellung paßt. Der Autor sagte sinngemäß: Wenn ein Blumentopf oder ein Mensch vom zehnten Stockwerk eines Hochhauses hinunter auf die Straße fallen, dann gehen beide zu Bruch. Wenn aber menschliche Arbeit als Ware gehandelt werde, die je nach ihrem Preis genutzt oder auch nicht genutzt wird, dann regten sich die Theologen auf; er habe dagegen noch nie gehört, daß protestantische Pfarrer gegen die Gesetze der Schwerkraft protestiert hätten.

In: Wirtschaft und Ethik. Zur Frage der Moral in der Marktwirtschaft. Begegnungen Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr, 5/92, 71-76

Allerdings gibt es hier einen kleinen Unterschied, den Wolfram Engels übersehen hat: Die Gesetze der Schwerkraft sind Naturgesetze; die Gesetze der Ökonomie sind jedoch, da sie auf einer von Menschen errichteten Ordnung aufbauen, menschengemacht. Wenn wir uns soweit versteigen und die Ökonomie zum Naturgesetz erklären, dann haben wir in der Tat keinen Raum mehr für ethisch verantwortliches Handeln. Auf meine Einwände hin hat der Autor seinen Vergleich relativiert und erklärt, er habe damit eigentlich nur sagen wollen, daß es in der Wirtschaft nichts umsonst gebe, daß auch der Schutz menschlicher Arbeitskraft ihren Preis habe. Dies ist natürlich eine interessanter Aussage, der man weiter nachgehen sollte: Wenn wir der Selbstläufigkeit der Ökonomie aus guten Gründen Beschränkungen auferlegen, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß diese Beschränkungen natürlich auch Kosten nach sich ziehen werden. Daraus ergibt sich die diskussionswürdige Frage: Sind wir bereit, die Kosten für bestimmte Beschränkungen der Selbstläufigkeit des ökonomischen Systems zu tragen? Diese Frage muß sich jeder stellen, der mit ethischen Kategorien an wirtschaftliche Funktionsabläufe herantritt. Und er muß bereit sein, seine Antwort - etwa das Eintreten für durchaus kostenintensive Beschränkungen - selber ethisch zu verantworten.

2. Gesinnungs- versus Verantwortungsethik

Eine Gleichsetzung ökonomischer Gesetze mit Naturgesetzen erinnert an die unglückselige Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik von Max Weber (1968). Weber bezieht sich auf die bereits im Verlauf dieser Tagung erwähnte Bergpredigt und spricht in diesem Zusammenhang von einer Gesinnungsethik, die sich ein Verantwortlicher in Gesellschaft oder Wirtschaft nicht leisten könne. In seinen eigenen Worten (1968, S. 175): "Es ist ein abgrundtiefer Gegensatz, ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handelt - religiös geredet -: 'Der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim', oder unter der verantwortungsethischen: daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat". Ich persönlich glaube, daß Max Webers Interpretation der Bergpredigt falsch ist, denn der eigentliche Sinn des Gottvertrauens besteht doch nicht darin, daß der Mensch aufgefordert wird, die Folgen seines Handelns außer acht zu lassen. Tatsächlich geht es dabei um das sehr reale Phänomen, daß nämlich menschliches Handeln, auch in bester Absicht und unter sorgsamer Abwägung möglicher Folgen, immer fehlerhaft bleiben wird. Ich verstehe also Gottvertrauen

nicht als Exkulpation für mangelnde Vorhersicht, sondern vielmehr als Vertrauen auf die Zusage der Vergebung und auf die Gnade Gottes, gerade auch für den nie auszuschließenden Fall, daß wir uns in den Auswirkungen unseres Handelns getäuscht haben.

Nun möchte ich mich der Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik bzw. zwischen Individual- und Institutionenethik zuwenden: Kritisiert man bestimmte Handlungen von Verantwortlichen in Wirtschaft, Politik oder Gesellschaft, so wird von diesen dann meist darauf hingewiesen, daß sie unter wirtschaftlichen, politischen und organisatorischen Handlungsbeschränkungen sowie anderen zwangsläufigen Vorgaben handeln müßten, auf die sie keinen Einfluß hätten; ein typisches Beispiel hierfür ist der häufige Verweis auf die internationale Konkurrenz. Natürlich gibt es solche Beschränkungen; nur werden sie in der Regel von den Verantwortungsträgern so hochstilisiert, als gäbe es für sie gar keine Handlungsspielräume mehr, ja mehr noch, als müßten die Verantwortlichen in Wirtschaft, Gewerkschaft, Politik oder Kirchen nur noch blind ausführen, was ihnen äußere Zwänge - also unumstößliche Naturgesetze - diktierten. Diese selbsternannten Verantwortungsethiker, die ihre Kritiker zu Gesinnungsethikern herabstempeln, lassen ihre eigene Verantwortung gern in einem diffusen Strukturnebel verschwinden, in dem ihr eigener Beitrag gar nicht mehr zu erkennen ist. Vor allem diejenigen "Macher", die sich einerseits abfällig über die Gesinnungsethik äußern und andererseits ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten unter Hinweis auf äußere Zwänge in Abrede stellen, müssen sich dann fragen lassen: Wo bleibt denn bei ihnen die Verantwortungsethik?

Für ein so komplexes System wie die Wirtschaft ist nicht so sehr die Frage der Individualethik, der Tugendlehre, relevant - das hat schon Artur Rich in seinem Standardwerk deutlich gemacht -, aber sie ist - gerade unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung - auch nicht völlig unerheblich, und zwar nicht nur wegen stets vorhandener diskretionärer Handlungsspielräume, sondern auch aus einem zweiten, noch wichtigeren Grunde: Verantwortung hat sich über individuelles Handeln im Rahmen bestimmter Beschränkungen und Vorgaben hinaus auch mit dem gemeinsamen Nachdenken über verantwortbare Ordnungen und deren praktischer Gestaltung zu befassen. Wenn beispielsweise argumentiert wird, daß es aufgrund der internationalen Konkurrenz und der damit einhergehenden beschränkten Handlungsmöglichkeiten schwierig sei, eine bessere Umweltpolitik zu betreiben, so muß im Gegenzug darauf hingewiesen werden, daß die

Funktionsträger gerade dann gefordert sind, Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich dafür einsetzen, daß im Rahmen internationaler Konventionen mehr globaler Umweltschutz möglich wird. Das bedeutet also: Verantwortungsethik ist nicht nur als individuelle Tugendlehre zu verstehen, die sich auf den richtigen Gebrauch vorhandener Handlungsspielräume erstreckt, sondern sie muß auch erforderlichenfalls auf den Aufbau neuer Strukturen gerichtet sein, innerhalb derer verantwortliches Handeln ermöglicht wird.

Gestern wurde in dem Vortrag über "Soziale Bewegungen" bereits auf einige Problemfelder hingewiesen, die von der offiziellen Politik und Wirtschaft häufig übersehen werden: Beispiele dafür sind der informelle Sektor, die nicht bewertete Arbeit oder die Umweltzerstörung. Obwohl ich einschränkend dazu sagen möchte, daß soziale Bewegungen nicht per se Vertreter eines allgemeinen Interesses sind, so muß ich doch anerkennen, daß sie in gewisser Weise vikarische Funktionen übernehmen; dies tun sie nicht nur durch die von ihnen verfolgten konkreten Ziele, sondern auch dadurch, daß sie auf die Notwendigkeit hinweisen, bestehende Ordnungen umzugestalten oder weiterzuentwickeln. Die Frage nach der Gestaltbarkeit von Ordnungen ist von so zentraler Bedeutung, daß ich im folgenden näher darauf eingehen möchte.

3. Ökonomische Theorie und gesellschaftliche Ordnungen

1950 publizierte Karl William Kapp das Standardwerk *Social Costs of Business Enterprises* (deutsch: *Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft* (1958), Neuauflage u.d.T. *Soziale Kosten der Marktwirtschaft* (1979)), in dem er anhand vieler Beispiele deutlich machte, daß der ökonomische Preismechanismus das Problem der Verantwortung, selbst innerhalb eines reduzierten Rahmens von Kosten und Erträgen, nur unzureichend zu lösen vermag. Die Frage nach der Verantwortung in der Wirtschaft wird vom Ökonomen üblicherweise entpersonalisiert gesehen, d.h. der Markt übernimmt bereits über die Preise einen gewissen Grad von Verantwortung, den die Marktteilnehmer dann nicht mehr personal zu tragen haben: Indem wir bereit sind, einen bestimmten Teil gesellschaftlichen Reichtums gegen einen anderen marktmäßig auszutauschen, d.h. den erforderlichen Preis dafür zu entrichten, daß wir in den Besitz eines Gutes oder einer Dienstleistung gelangen, bestimmen wir zugleich über die Verwendung gesellschaftlicher Ressourcen, die dann anderen Zwecken entzogen werden; weil wir für diese Nutzungsent-

scheidung einen höheren Preis bezahlen als andere Marktteilnehmer für konkurrierende Nutzungen, übernehmen wir, *allerdings in einem sehr reduzierten und entpersonalisierten Sinne*, Verantwortung.

Das ist eine der Botschaften der ökonomischen Theorie mit der gefährlichen Eigenschaft, zugleich richtig und falsch zu sein. Richtig insofern, als mit Hilfe eines Modellrahmens, den ich jetzt aus Zeitgründen nicht entwickeln möchte, ihre formale Stimmigkeit durchaus zu beweisen ist. Anhand dieses abstrakten Modells läßt sich tatsächlich formal nachweisen, daß *unter bestimmten, sehr einschränkenden Bedingungen* die von Adam Smith eingeführte unsichtbare Hand - der Mechanismus des Wettbewerbs - das Eigeninteresse der Menschen tatsächlich zum allgemeinen Besten zu lenken vermag. Das theoretische Modell hat nur einen, allerdings gravierenden Nachteil: Die Realität weigert sich beharrlich, den Modellvoraussetzungen zu entsprechen. Daraus lassen sich nun zwei unterschiedliche Konsequenzen ziehen: Zum einen kann gefordert werden, daß alles, was das System der natürlichen Freiheit, den unbeschränkten Wettbewerb, behindert, beseitigt werden muß. Das ist zwar ein unfruchtbarer, aber unter Ökonomen relativ häufig zu findender Denkansatz. Als Beispiel möchte ich die Gewerkschaften erwähnen, denen ihre Kritiker häufig die "Schurkenrolle" zuweisen, indem sie hervorheben, daß die Arbeitslosenquote sehr viel geringer sein könnte, wenn die Gewerkschaften nicht ständig die Arbeitskraft verteuern würden. Aber selbst dieser etwas reduzierte Ansatz ist insofern nützlich, als er wiederum an die Kosten erinnert, die mit einem gewerkschaftlichen Engagement für die Interessen der Arbeitnehmer verbunden sind. In diesem Zusammenhang muß natürlich auch die Frage erlaubt sein, ob die Folgen gewerkschaftlichen Handelns in jedem Einzelfall ausreichend bedacht werden. Eines ist klar: Allein mit der Forderung nach mehr Markt kann man keine praktische Politik betreiben.

Wir müssen uns also von der Vorstellung frei machen, daß die Universalisierung des Marktes alle Probleme lösen kann, und statt dessen den zweiten Weg wählen, nämlich die Differenz zwischen Modell und Realität zum Ausgangspunkt praktischer Politik zu machen. Das möchte ich nochmals am Beispiel der Umweltproblematik veranschaulichen: Kapp hat in seinem bereits erwähnten Buch viele Beispiele dafür gegeben, daß die Industrialisierung Nordamerikas nicht nur zu Reichtumsmehrung, sondern auch zu verschiedenen Formen von Naturzerstörung geführt hat, angefangen von Landschaftsschäden bis hin zur Vernichtung der amerikanischen Büffel. Dieses Problem ist von der ökonomischen Theorie nur sehr re-

duziert aufgegriffen worden, und zwar unter dem Begriff der "externen Effekte". Dahinter steht folgende Sichtweise: Der Verbrauch von Natur wird in der ökologisch unkorrigierten Marktwirtschaft zu Null- oder Billigtarifen gehandelt mit der Folge, daß die nur begrenzt vorhandenen natürlichen Ressourcen nicht sparsam genug, sondern im Gegenteil sogar so unwirtschaftlich genutzt werden, daß die Naturzerstörung in einem weitaus größeren Maße stattfindet, als dies aufgrund technologischer und gesellschaftlicher Gegebenheiten - wie Bevölkerungszahl und Bedürfnisse - notwendig wäre. Ökologisch richtige Preisstrukturen - technisch gesprochen: die Internalisierung von externen Effekten - können und werden in der Tat zu einem schonenderen Umgang mit den natürlichen Ressourcen führen.

Ich möchte hier nicht auf die schwer zu beantwortende Frage eingehen, die bereits in einigen Arbeitsgruppen diskutiert wurde, nämlich ob und inwieweit Bedürfnisse etwas Natürliches oder etwas künstlich Gewecktes sind. Erwähnen möchte ich nur, daß der mehrfach angesprochene Begriff der Effizienz nicht nur eine ökonomische Dimension hat, bei der es darauf ankommt, ein bestimmtes Ziel mit möglichst sparsamem Aufwand an Ressourcen - das gilt auch für den Naturverbrauch - zu erreichen. Vielmehr sollten angestrebte Ziele stets genau daraufhin überprüft werden, ob ein - auch noch so sparsamer - Aufwand für sie gerechtfertigt erscheint; dies ist insbesondere bei solchen Zielen zu bedenken, die mit einem Verbrauch von Natur oder Energie einhergehen. Es ist zwar üblich, aber keineswegs unproblematisch, daß sich die Ökonomie in Theorie und Praxis hinsichtlich der menschlichen Bedürfnisse und Ziele agnostisch verhält. Wenn sie dagegen einwendet, man könne Bedürfnisse nicht hinterfragen, weil die Menschen es so wollten, müßte sie sich auch mit den zahlreichen Hinweisen dafür auseinandersetzen, daß diese Bedürfnisse sehr oft erst von außen an die Menschen herangetragen werden und daß es durchaus möglich wäre, auf manches zu verzichten, ohne spürbare Wohlfahrtsverluste zu erleiden.

Im folgenden möchte ich noch kurz auf die soziale Komponente der Marktwirtschaft eingehen: Es wird ja immer wieder, und ganz zu Recht - auch in der EKD-Denkschrift *Gemeinwohl und Eigennutz* (1991) - darauf hingewiesen, daß unser heute verwirklichtes Wirtschaftssystem kein klassischer Kapitalismus mehr ist. Nun kann man fragen: Wie konnte sich die soziale Komponente in diesem System etablieren? Ist sie ein Produkt der Selbstläufigkeit des marktwirtschaftlichen Systems? Ich glaube, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß wir - um nur einen Bereich zu nennen - den Schutz menschlicher Arbeitskraft und menschlicher Gesundheit nicht

ausschließlich einem plötzlichen ökonomischen Interesse an diesen Problemen zu verdanken haben, sondern daß es politische Parteien, die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften waren, die uns zu diesen sozialen Fortschritten verholfen haben und hoffentlich auch weiter verhelfen werden. Es ist gut möglich, daß der Kapitalismus in modifizierter Form gerade deswegen überleben konnte, weil ihn seine Kritiker dazu zwangen, auf politischem und tarifvertraglichem Wege einige Fehlentwicklungen dieses Systems zu revidieren und neue, sozial modifizierte Strukturen zu entwickeln.

4. Unterwegs zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft?

Damit komme ich zu einer wichtigen Frage, die mich schon lange beschäftigt: Wird es uns gelingen, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln? Angesichts der globalen Bedrohungen unseres Planeten steht es völlig außer Frage, daß dies ein wichtiges Ziel der heute lebenden Menschen sein muß. Aber ist die übliche Vorgehensweise zur Erreichung eines derartigen Zieles überhaupt angemessen? Nicht nur in der EKD-Denkschrift wird die Ansicht vertreten, daß die Umwandlung der sozialen Marktwirtschaft in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft ganz analog zu der Entwicklung der letzten hundert Jahren verlaufen könnte, bei der soziale Gesichtspunkte mit Hilfe von Beschränkungen und Instrumenten in den ökonomischen Prozeß "eingespeist" wurden. Kann der Natur dadurch geholfen werden, daß sie durch eine einflußreiche Naturschutzbewegung im politischen Prozeß vertreten wird, so wie die Arbeiterbewegung in zähem Ringen die Interessen der abhängig Beschäftigten in die Gestaltung der Wirtschaftsordnung einbrachte? Mir scheint diese Analogie aus zwei Gründen problematisch zu sein:

1. Der zu Recht gepriesene soziale Fortschritt wurde zu einem nicht unerheblichen Teil auf Kosten der Natur erreicht: In verschiedenen Branchen - z.B. in der chemischen Industrie - wurden Strukturen aufgebaut, die zwar aus betriebswirtschaftlicher Sicht sehr produktiv waren und damit auch eine kräftige Anhebung der Löhne und Gehälter ermöglichten; diese Entwicklung war jedoch, wie das Beispiel der Chlorchemie zeigt, unter dem Gesichtspunkt der Ökologieverträglichkeit höchst problematisch. Mit anderen Worten: Die Einführung der sozialen Komponente in die Marktwirtschaft brachte keine vollständige Problemlösung, sondern vielmehr - zumindest teilweise - eine Pro-

blemverlagerung zu Lasten eines schutzlosen, sprachlosen und nicht repräsentierten Dritten: der Natur. Wir haben über lange Zeit unsere ökonomische Rechnung ohne den Wirt, die Natur, gemacht, und jetzt wird uns diese Rechnung in Form immenser Kosten und Probleme präsentiert, von denen niemand weiß, ob sie alle mit vernünftigem Aufwand lösbar sind.

2. Ein zweiter Punkt, der gegen ein derartiges Vorgehen spricht und auf den während der Tagung schon mehrfach hingewiesen wurde, ist der globale Charakter vieler ökologischer Probleme - ein Beispiel dafür ist die geplante und auch notwendige Klimakonvention. Weder in einem engen nationalstaatlichen Rahmen noch auf EG-Ebene sind viele der uns bedrängenden ökologischen Probleme letztendlich lösbar; eine Lösung ist nur im internationalen Verbund möglich, und zwar unter Einsatz rechtlicher und administrativer Regelungen und durch die Schaffung eigens für solche Fragen zuständiger Institutionen. Dies heißt jedoch nicht, daß einzelne wirtschaftsstarke Staaten oder auch die EG nicht eine wichtige Vorreiterrolle einnehmen könnten, um der Umweltbedrohung Einhalt zu gebieten. Für den Nationalstaat und in zunehmendem Maße auch für transnationale Organisationen wie die EG trifft die weitverbreitete Vorstellung durchaus zu, in einer Marktwirtschaft seien ökologische Probleme durch die Schaffung eines neuen administrativen und juristischen Ordnungsrahmens zu verhindern oder mindestens zu begrenzen; für die internationale Staatengemeinschaft insgesamt sind derart weltweite Vereinbarungen in absehbarer Zeit jedoch kaum denkbar; das hat gerade der Weltgipfel in Rio gezeigt. Der drängende Charakter vieler unbewältigter globaler Umweltprobleme macht jedoch internationale Vereinbarungen dringend erforderlich; ein wesentliches Hindernis stellt in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Ländern der Ersten zu Ländern der Dritten Welt dar.

Kommen wir zurück zur sozialen Marktwirtschaft: Sie besteht ja - darauf weist auch die EKD-Denkschrift ganz richtig hin - aus zwei gleichgewichtigen Komponenten, deren Ausbalancierung sehr wichtig ist: nämlich aus dem marktwirtschaftlichen Leistungselement und dem sozialpolitisch korrigierenden Element. Eine Gefährdung der Balance kann aus zwei Richtungen auftreten: einmal von seiten der Ökonomie, wenn sie den Sozialstaat abbauen will, weil sie sozialpolitische Maßnahmen nur als unnötige Kostenbelastung betrachtet, und damit den ethischen Grundkonsens einer Marktwirtschaft zerstört. Zum anderen gibt es aber auch die umgekehrte Gefahr, daß die Marktwirtschaft ethisch oder sozialpolitisch mit For-

derungen überfrachtet wird, deren Einlösung an ganz konkrete Grenzen stößt. Weder ist die Ökonomie ein vollständig sich selbst regulierendes System, wie manche Theoretiker glauben - man denke nur an Adam Smith' *System der natürlichen Freiheit* -, noch ist sie eine beliebig belastbare Ordnung, wie manche sozialpolitischen Kritiker zu meinen scheinen. Es kommt also auf die vernünftige Abwägung zwischen ökonomischen und sozialen Prinzipien bei der Zuteilung von Gütern an. Das möchte ich nun am Beispiel bestimmter sozialer Leistungen verdeutlichen.

5. Zwischen Leistungs- und Bedürfnisprinzip

Eine wichtige, allgemein akzeptierte Aufgabe der Wirtschaft besteht darin, menschliche Bedürfnisse durch Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen zu befriedigen; üblicherweise erhält man in der Marktwirtschaft ein Gut, wenn man bereit ist, den entsprechenden Preis zu zahlen. Indem sich der Marktteilnehmer jedoch bereit erklärt, diesen Preis zu entrichten, übernimmt er bereits in einem funktionalen Sinne die Verantwortung für die Inanspruchnahme dieses Gutes oder dieser Leistung. Allerdings sollte nicht außer acht gelassen werden, daß hinter der Bereitschaft, einen Preis für ein Gut oder eine Leistung zu entrichten, nicht nur der subjektive Wunsch steht, dieses Gut zu besitzen, sondern auch die objektive Fähigkeit, den entsprechenden Geldbetrag bereitzustellen: Einkommen oder Vermögen sind damit in der Marktwirtschaft eine wichtige Grundvoraussetzung für die Befriedigung von Wünschen und Bedürfnissen. Die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit, die sich in diesem Zusammenhang stellt, kann das ökonomische System aus sich selbst heraus nicht vollständig lösen; irgendwann stoßen wir infolgedessen auf einen Punkt, ab dem wir nicht länger bereit sein werden, eine Zuteilung von Gütern allein über den Preis gelten zu lassen.

Hier ein Extrembeispiel: Nehmen wir an, auf einer nach den üblichen marktwirtschaftlichen Regeln stattfindenden Auktion gebe es zwei Interessenten für einen Rollstuhl. Dies würde bedeuten, daß dem Interessenten, der den höchsten Preis zahlt, der Rollstuhl zugesprochen wird. Es könnte also leicht passieren, daß der behinderte Interessent, der einerseits aufgrund seiner Behinderung kein Einkommen erzielen kann, andererseits jedoch dringend auf den Rollstuhl angewiesen ist, nicht lange mitbieten kann. Der andere Bieter, etwa ein reicher, aber gesunder Sonderling, dessen größtes absurdes Vergnügen darin bestehe, sich in seiner weiträumigen Villa mit einem Rollstuhl fortzubewegen, würde unter marktwirt-

schaftlichen Gesichtspunkten den Zuschlag erhalten. Aber wäre eine solche Entscheidung gerecht? In einem derartigen Fall würde sich aus gutem Grund alles in uns dagegen sträuben, den marktwirtschaftlichen Mechanismus zu akzeptieren, und wir würden statt dessen dazu tendieren, dem Behinderten den Rollstuhl zuzusprechen. Allerdings handelt es sich um ein Extrembeispiel; oftmals ist in der Realität eine Entscheidung jedoch nicht so eindeutig zugunsten des Bedürfnisprinzips zu fällen wie in diesem Fall. Nicht selten wird man sich auch auf Kombinationen von Leistungs- und Gerechtigkeitsgesichtspunkten stützen müssen.

6. Das Gerechtigkeitsproblem als Achillesferse der Ökonomie

Dies bringt uns abschließend zur Frage der Gerechtigkeit in der Ökonomie: Ihre Konstitution als Wissenschaft und Praxis vor über 200 Jahren begann damit, daß die Frage der Gerechtigkeit aus ihrem Gegenstandsbereich eliminiert wurde. Das hatte zur Folge, daß sich die Ökonomie seit dieser Zeit als instrumentelle Wissenschaft versteht, die Fragen nach der Effizienz stellen und in diesem Rahmen auch Lösungen anbieten kann; die Ökonomie wird in gewisser Weise den Funktionsabläufen dienstbar gemacht. Obwohl die Elimination der Gerechtigkeitsproblematik die Ökonomie erst als ein selbständiges wissenschaftliches und praktisches System entstehen ließ, taucht diese Frage realiter doch immer wieder auf, wenn wir die Ergebnisse des wirtschaftlichen Prozesses überdenken.

Dies gilt nicht nur für ganz unzweideutige Extrembeispiele wie den obigen Fall des Rollstuhlfahrers, sondern steht auch im Hintergrund unserer Diskussion über den richtigen Umgang mit der Natur. Hier besteht die Schwierigkeit vor allem darin, sich über den angemessenen Handlungsrahmen zu verständigen. Welche Anforderungen sind etwa an die einzelnen Staaten je nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu stellen? Sind wir in der Bundesrepublik beispielsweise bereit, im umweltpolitischen Bereich eine Vorreiterrolle zu übernehmen, d.h. schärfere Umweltvorschriften, Öko-Steuern u.a. einzuführen mit der Folge, daß sich - zumindest kurzfristig - die Wettbewerbsposition der betroffenen Industrien verschlechtert? Dies hätte, wie wir alle wissen, weitere Konsequenzen für Arbeitsplätze und vieles andere mehr. Nur darf nicht vergessen werden: Die Bundesrepublik ist ein reiches Land - wenn nicht sie, die USA, Japan oder eine der anderen reichen Nationen, vielleicht auch alle Industriestaaten zusammen bereit sein werden, diese Vorreiterrolle zu übernehmen, wer sollte es dann tun?

Obwohl die Vertreter aller Länder verbal für den Umweltschutz eintreten, wollen sie in der Praxis oft erst dann konkrete Schritte einleiten, wenn andere bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen haben. Das heißt aber praktisch, daß sich jedes Land hinter dem anderen versteckt mit der Folge, daß die Ergebnisse der allgemeinen Bemühungen eher dürftig sind - in der Spieltheorie wird eine derartige Situation als "Gefangenen-Dilemma" umschrieben.

Die Umweltkonferenz in Rio, die uns kaum vorangebracht hat bei der erforderlichen internationalen Klimakonvention, ist ein aktuelles Beispiel für die skizzierte Problematik. Hier ist jedoch die Frage erlaubt: Warum werden an Menschen, an Institutionen, an Länder nicht unterschiedliche Anforderungen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestellt? Es ist mir durchaus bewußt, daß ich, indem ich diese Frage stelle und ihr positiv gegenüberstehe, mein Fachgebiet - die Ökonomie - verlasse und Forderungen erhebe, die im Kreis der Ökonomen durchaus nicht immer eine positive Resonanz finden werden. Wenn wir jedoch aus dem ökologischen "Gefangenen-Dilemma" herauskommen wollen, gibt es aus meiner Sicht keinen anderen Weg, als die Lasten entsprechend der wirtschaftlichen Stärke zu verteilen. Dafür spricht auch, daß der Reichtum der Industrieländer zu einem nicht unerheblichen Maße auf der Inanspruchnahme der Erdatmosphäre (durch die mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbundene Freisetzung klimarelevanter Emissionen) beruht.

In einem Dritte-Welt-Kalender fand ich einmal als Motto für einen bestimmten Monat: "Frage an Radio Vatikan: Was kann schon der einzelne gegen das Elend in der Dritten Welt tun?" Die Antwort lautete: "Nichts, wenn jeder so fragt". Genau das ist der entscheidende Punkt: Alle für das Überleben der Menschheit wichtigen Fragen - z.B. nach dem Erhalt der Schöpfung, nach der Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen und nach den Lebenschancen künftiger Generationen - werden wir nur dann verantwortlich lösen können, wenn wir uns bis zu einem gewissen Grad von diesem engen ökonomischen Paradigma der Leistungszurechnung befreien und es durch andere Werte ergänzen, wie etwa Solidarität, Vertrauen und die Bereitschaft, eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Das Überleben der Menschheit ist nur möglich, wenn wir erneut wirtschaftliches Handeln und wirtschaftliche Verantwortung über eine marktmäßige Kostenanrechnung hinaus einer ethischen Reflexion unterziehen. Damit kommen wir wieder zu den Ursprüngen der Ökonomie zurück, nicht in der Absicht, den ökonomischen Prozeß der alten Herrschaft von Theologie und Philosophie zu unterwerfen, aber doch in der Erkenntnis, daß

das wirtschaftliche System in den Gesamtzusammenhang menschlichen Lebens eingebunden werden muß.

Literaturhinweis:

Die vorstehenden Ausführungen beruhen wesentlich auf meinem Aufsatz "Der Begriff Verantwortung aus ökonomischer und sozialemischer Sicht" (in: Karl Homann (Hg.): **Aktuelle Probleme der Wirtschaftsethik**. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 211). Berlin: Duncker & Humblot 1992, 43-67), der auch die meisten weiterführenden Literaturangaben enthält; weitere Überlegungen und Literaturhinweise zu dieser Problematik finden sich in folgendem Buch: Binswanger, H.C./Frisch, H./Nutzinger, H. G. u.a.: **Arbeit ohne Umweltzerstörung**. Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuchverlag 1988,